

Zu diesem Heft

Beides, der Glaube an das so sinnvoll erscheinende und weltpolitisch notwendige Zusammenwachsen des ganzen Europa sowie der Glaube an das deutsch-französische Tandem als Motor des Prozesses, ist mit den Abläufen und Ergebnissen der Konferenz des Europäischen Rates in Nizza (Dezember 2000) erschüttert worden. Die Medien waren voll mit skeptischen bis negativen Bewertungen. Mit dieser Konferenz, so scheint es auch heute, sind Europäische Gemeinschaft und Europäische Union nach erfolgreichem Aufbau an einem kritischen Punkt angelangt. Dieses haben die Staats- und Regierungschefs wohl selbst so empfunden als sie in einer Schlussklärung „zur Zukunft der Union“ für das Jahr 2004 eine Art Verfassungskonferenz in Aussicht stellten. Der Aufsatz von Hans-Hermann *Hartwich* berichtet in systematischer Form über die Ergebnisse der Nizza-Konferenz und skizziert die Probleme des „Post-Nizza-Prozesses“, der eine Konferenz konzeptionell und verfahrenstechnisch vorbereiten soll. Roland *Sturm* erläutert in der „Aktuellen Information“ die Position des Europäischen Parlaments zur Nizza-Konferenz, ihren Beschlüssen und ihren Plänen für die Zukunft der Union. In einer kritischen Stellungnahme nennt das EP die Form einer Regierungskonferenz wie in Nizza „ungeeignet“. (Beide Texte stehen ab sofort im Netz: www.leske-budrich.de)

Verschiedene aktuelle politische Fragen mit einem jeweils sich wandelnden gesellschaftspolitischen Hintergrund bestimmen desweiteren dieses Heft 1/2001 der GEGENWARTSKUNDE.

So ist bei aller Gewöhnung an Staus auf den Autobahnen und an die Unpünktlichkeiten der Bahn die Frage, auf wieviel und welche „Mobilität“ ein jeder Anspruch habe, eher unterdrückt. Bernhard *Schäfers* reflektiert im „Brennpunkt“ das Spannungsverhältnis zwischen individuellen Mobilitätswünschen und daraus resultierenden „ungeplanten Kollektivzwängen“ mit „nüchterner Empirie“ und ernüchterndem Ergebnis.

Ein ähnlicher gesellschaftspolitischer Ansatz führt zum Aufsatz von Rainer *Geißler*, dessen Thematik gewiss nicht neu ist für die Zeitschrift. Deutschland ist ein Einwanderungsland modernen Typs. Aber bedeutet dies nicht, dass mit einer unverhältnismäßig starken Zunahme der Kriminalität zu rechnen ist? In diesem Beitrag steht die Gesetzestreue der Arbeitsimmigranten und ihrer Familien im Mittelpunkt. Er basiert auf empirischem Material und arbeitet sehr genau mit den einschlägigen Begriffen und Zahlen in einem Problemfeld, das von Vorurteilen belastet ist. Ein vorzügliches Arbeits- und Interpretationsmaterial.

Gerd *Steffens*' Frage: „Politisieren Krisen?“ ist in historischer Sicht wohl keine Frage mehr. Aber in diesem Beitrag zur „Didaktischen Praxis“ geht es um Unterricht und Schülerreaktionen. In einer sehr detaillierten Aufzeichnung wird über die Wirkungen der Parteispendenaffäre in verschiedenen Jahrgangsstufen berichtet. Steffens stellt seinen Beobachtungen Ergebnisse der Jugendforschung gegenüber und warnt vor Überzeichnungen dieser Forschung, wie sie z.B. im Begriff „Politikverdrossenheit“ zum Ausdruck kommt.

Bei einer Viertelsjahres-Zeitschrift kaum noch an Aktualität zu übertreffen ist sicherlich die Sparte „Kontrovers dokumentiert“, diesmal von Markus M. *Müller*. 1952,

1972 und 2001 sind die wichtigsten Etappen in bezug auf die gesetzlichen Ausgestaltungen der Betriebsverfassung in Deutschland. Alle Gesetzesvorhaben waren heftig umstritten. Die hier vorliegenden Stellungnahmen spiegeln in ihrer Gegensätzlichkeit vielfach herkömmliche Positionen wider. Da der Verfasser den Streit in den größeren historisch-politischen Zusammenhang der spezifisch deutschen Arbeitsrechtstradition stellt, erschließt sich jedoch auch die besondere Problematik einer Reform der Betriebsverfassung unter den Bedingungen von Globalisierung und Europäisierung.

Ein weiteres übergreifendes Thema in diesem Heft sind gesellschaftliche Wandlungsprozesse. Den Schwerpunkt bildet hierbei die Analyse über den „Dritten Sektor“, sein Wachstum und sein Wandel, von Annette *Zimmer* und Eckhard *Priller*. Hierbei gilt es zunächst, den Begriff selbst zu beachten. Wurde bei Ökonomen und Wirtschaftshistorikern darunter bislang eine „Stufe“ im wirtschaftlichen Wandel von der Landwirtschaft über die Industrielandschaft zu einem 3. Sektor „Dienstleistungen“ im breitesten Sinne verstanden, so ist der Begriff „Dritter Sektor“ hier und heute zur Kennzeichnung jenes Segments der Beschäftigung gebräuchlich, das nicht mehr dem traditionellen Entgeltssystem folgt. In kaum einem anderen Bereich kommen tiefergreifende Wandlungen der modernen Gesellschaften stärker zum Ausdruck als hier. Subsidiarität, Vereine und Stiftungen, Ehrenamt und private Verbände sind die einschlägigen Begriffe, die strikte Trennung von Drittssektor und Markt das Prinzip. Die Analyse gibt einen zahlenmäßig fundierten Einblick in die wachsende wirtschaftliche Bedeutung des Dritten Sektors oder auch „Nonprofit-Sektors“, über seine interne Strukturierung und seine Ressourcenstruktur. Unübersehbar ist aber jenseits dieser Seite die vielschichtige zivilgesellschaftliche Bedeutung.

Zur Analyse paßt der Aufsatz über „Freiwillige Bürgerarbeit“ von Andreas *Dörner* und Ludgera *Vogt*. Er soll auf diese weniger beachtete Realität der modernen westlichen Gesellschaften aufmerksam machen: Bei allem Streit über Wohlstand und Geld gibt es eine Form gesellschaftlichen Engagements, die zwar jedes Jahr öffentlich vom Bundespräsidenten ausgezeichnet wird, aber wenig öffentliche Resonanz findet.

„Der Bürger“ ist auch Hauptakteur im Beitrag von Lars *Holtkamp* über die „Bürgerkommune 2000“. Die Einbeziehung der Bürger in kommunale Planungsprozesse steht im Zusammenhang der aktuellen Verwaltungsmodernisierung und in der Spannung zwischen Legitimität und Effizienz kommunaler Entscheidungen.

Klaus *von Beyme* hat sein Buch über die Parteien in der Bundesrepublik erneut gründlich überarbeitet. Für die Zeitschrift war dies Anlass, ihn um eine knappe Skizze dessen zu bitten, was er hier in der Entwicklung sieht und wie dieses „Auf den Begriff gebracht“ werden kann. In sehr souveräner Form werden zunächst bisherige Wandlungsstufen der Parteien seit dem Ende des 19. Jahrhunderts skizziert. Wie können und sollen unter diesem Gesichtspunkt die heutigen Erscheinungsformen demokratischer Parteien gekennzeichnet und bewertet werden? Der bekannte Begriff der „Volkspartei“ verblaßte. Neue typische Merkmale legen den Begriff der „professionellen Wählerpartei“ nahe. Zugleich aber wird die Begrenztheit einer jeden Typologie hervorgehoben.

Heute einmal am Schluss erwähnt sei die von Heiner *Adamski* zumeist betreute Sparte „Rechtssprechung kommentiert“. Die sogenannte „Schockwerbung“ der Textilfirma Benneton hat immer wieder für großes Aufsehen gesorgt. Sind schockierende Fotos aus Kriegen oder Umweltschäden „sittenwidrig“? Dieser Begriff ist bekanntlich auch auf anderen Gebieten ein Kardinalproblem menschlichen Verhaltens. Mit der Dokumentation eines auffallenden Verfassungsurteils, das die „Zumutbarkeit“ großzügig auslegt, ist möglicherweise auch Unterrichtsmaterial für den Sozialkundeunterricht gewonnen.

Die Herausgeber